Die neue Verbandsklage (II) â?? Wer ist zur Geltendmachung berechtigt? Unterlassungsklage neu mit verj \tilde{A} ¤hrungshemmender Wirkung

Description

Date Created 24.04.2025 Meta Fields **Inhalt :** Bevor wir uns mit den (neuen) Rechtsschutzinstrumenten auseinandersetzen, die mit der Verbandsklagen-Richtlinie-Umsetzungs-Novelle (BGBl I 2024/85) ab 18. Juli 2024 zur Verfýgung stehen, ist der Frage nachzugehen, wer zur Einbringung einer Verbandsklage neuen Typs ýberhaupt befugt ist.

1. Qualifizierte Einrichtungen

Der Gesetzgeber hat â?? in Anlehnung an die Begrifflichkeit der EU-Richtlinie 2020/1828 vom 25.11.2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher â?? ausschlieÃ?lich die sogenannten Qualifizierten Einrichtungen zur Geltendmachung berechtigt. Das Qualifizierte-Einrichtungen-Gesetz (QEG), verĶffentlicht unter Art. 1 der Verbandsklagen-Richtlinie-Umsetzungsnovelle, unterscheidet zwischen grenzýberschreitenden Verbandsklagen und innerstaatlichen Verbandsklagen.Die Wirtschaftskammer A?sterreich und die Bundesarbeitskammer wurden von Gesetzes wegen jeweils als Qualifizierte Einrichtung mit umfassender Befugnis (fýr grenzýberschreitende und innerstaatliche Verbandsklagen) ausgestattet. Zu den ex lege anerkannten Qualifizierten Einrichtungen zĤhlen weiters der Verein fÃ¹/₄r Konsumenteninformation, der Ã?sterreichische Gewerkschaftsbund, der Ã?sterreichische Landarbeiterkammertag, die PrĤsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Ä?sterreichs sowie der **Ã?sterreichische Seniorenrat**, wobei diesen fýnf Entitäten vom Gesetzgeber nur die Befugnis für innerstaatliche Verbandsklagen verliehen wurde (§3 QEG). Der Kreis der gesetzlich anerkannten Qualifizierten Einrichtungen ist damit ident mit den zu Unterlassungsklagen gemĤÃ? §Â§28 ff KSchG berechtigten Organisationen (§29 Abs 1 KSchG). Neben diesen gesetzlich eingerichteten (â??geborenenâ??) Qualifizierten Einrichtungen erĶffnet der Gesetzgeber juristischen Personen die MĶglichkeit, beim Bundeskartellanwalt die bescheidmĤÃ?ige Anerkennung als Qualifizierte Einrichtung (als â??gekoreneâ?? Qualifizierte Einrichtung) zu beantragen. Ein Antrag auf Anerkennung als Qualifizierte Einrichtung ist positiv zu erledigen, wenn die Antragstellerin bestimmte gesetzlich definierte Voraussetzungen erfÄ¹/₄llt (§1 Abs 1 Z 1 bis Z 5 QEG). Die Anerkennung als Qualifizierte Einrichtung fÃ1/4r innerstaatliche Verbandsklagen mit Bescheid des Bundeskartellanwalts setzt ýberdies voraus, dass hinsichtlich der Antragstellerin aufgrund ihrer bisherigen TĤtigkeit sowie ihrer personellen, sachlichen und finanziellen Ausstattung gesichert erscheint, dass sie ihre satzungsmäÃ?igen Aufgaben auch künftig dauerhaft wirksam und sachgerecht erfüllen wird und sie nicht mehr als 20 Prozent ihrer finanziellen Mittel durch unentgeltliche finanzielle Zuwendungen von Unternehmen, wie etwa Spenden und Schenkungen, bezieht (§2 Abs 1 QEG). Auch wenn demnach die Hürde für die bescheidmäÃ?ige Anerkennung als klagslegitimierte Qualifizierte Einrichtung vom Gesetzgeber sehr hoch angesetzt wurde, kann festgehalten werden, dass dem auf der Website des Bundeskartellanwaltes verĶffentlichten aktuellen Verzeichnis der Qualifizierten Einrichtungen mit Stand 31. März 2025 (https://www.justiz.gv.at/justiz/justizbehoerden/Bundeskartellanwalt - abgefragt am 21.4.2025) zu entnehmen ist, dass bereits der Verein zum Schutz von Verbraucherinteressen (Verbraucherschutzverein, VSV) und Noyb-EuropĤisches Zentrum für Digitale Rechte als Qualifizierte Einrichtung sowohl für grenzüberschreitende als auch für innerstaatliche Verbandsklagen bescheidmäÃ?ig anerkannt wurden. Weiters scheint auf diesem Verzeichnis die Initiative zur BekAmpfung von CyberkriminalitAmt an Konsumenten und Kleinanlegern in Europa (Englisch: EFRI European Funds Recovery Initiative) als (lediglich) für grenzüberschreitende Verbandsklagen befugte Qualifizierte Einrichtung auf.

2. Unterlassungsklage neu

Als scharfes Schwert zum Schutz der Kollektivinteressen von Verbrauchern könnte sich künftig die Befugnis zur Einbringung einer Unterlassungsklage neuen Typs (§5 Abs 1 QEG) erweisen. Demnach ist eine Qualifizierte Einrichtung berechtigt, die Unterlassung (Beendigung und Verbot) eines rechtswidrigen Verhaltens eines Unternehmers zu verlangen, wenn dieses rechtswidrige Verhalten die kollektiven Interessen von Verbrauchern beeinträchtigt oder zu beeinträchtigen droht. Es kann demnach â?? im Unterschied zu §Â§28 ff KSchG, deren Anknüpfungspunkt zwingend Allgemeine Geschäftsbedingungen sind â?? jedes rechtswidrige Verhalten eines Unternehmers zum Gegenstand einer Unterlassungsklage gemacht werden. Nach den Gesetzesmaterialien (ErläutRV 2602 BlgNr. 27. GP) soll jedes rechtswidrige Verhalten eines Unternehmers erfasst werden, â??das sich zu einer Praxis des jeweiligen Unternehmers entwickelt hatâ??. Als Beispfele werden â??Massengeschäfteâ?? oder â??quantitativ weitreichendeâ?? und â??systematisch begangene â?? Rechtsverletzungen genannt. Auch wenn die (für den Erfolg einer Unterlassungsklage notwendige)